

VERBRAUCHER:INNEN IN DEN MITTELPUNKT DER NACHHALTIGEN TRANSFORMATION STELLEN.

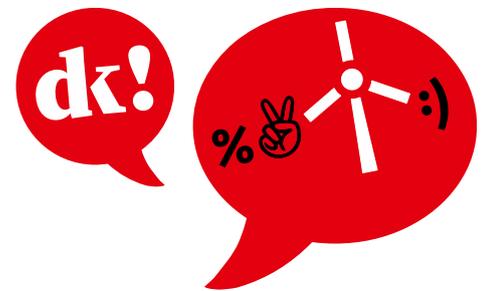
Eingereicht von: Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.

Verbraucherschutz als notwendige Bedingung einer gelingenden Transformation

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) begrüßt die Möglichkeit, sich mit Impulspapieren am Debattenkonvent der SPD beteiligen zu können. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stehen in den kommenden Jahren vor enormen Herausforderungen. Innerhalb vergleichsweise kurzer Zeit müssen verschiedene tiefgreifende Transformationsprozesse gleichzeitig bewältigt werden, wenn wir den Gestaltungsspielraum für die noch jungen und künftigen Generationen von Verbraucher:innen erhalten wollen. Die anstehenden Transformationsprozesse betreffen Menschen in den ganz unterschiedlichen Bereichen ihres Verbraucheralltags. Verbraucher:innen zu stärken heißt, die Menschen zu selbstbestimmten Entscheidungen zu befähigen. Wer Schutz und Orientierung braucht, soll diese bekommen können. Wer offener für Risiken ist, soll sich frei dafür entscheiden können. Eine gute Verbraucherpolitik schafft Vertrauen und Sicherheit, leistet ihren Beitrag für eine starke Wirtschaft und ist so auch in den nächsten Jahren ein unverzichtbarer Bestandteil einer modernen und zukunftsorientierten Politik, die Menschen und Klima sowie Wirtschaft gleichermaßen nützt. Darüber hinaus sorgt gute Verbraucherpolitik dafür, dass der Verbraucheralltag einfacher wird und Verbraucher:innen nicht Zahlmeister politischer Vorhaben und gesellschaftlicher Transformationsprozesse sind. Verbraucher:innen müssen sich auf starke Rechte verlassen können, die auch in Transformations- und Krisenzeiten Bestand haben und durchgesetzt werden.

Nachhaltigkeit, Verbraucherpolitik und sozialer Ausgleich müssen Hand in Hand gehen

Eine nachhaltige Transformation muss den Fokus auf strukturelle Rahmenbedingungen setzen. Verbraucher:innen können mit ihrem Konsumverhalten alleine keinen entscheidenden Beitrag leisten, da sie das letzte Glied der Kette sind und Missstände in den Gliedern zuvor nicht ausgleichen können. Außerdem müssen im Zuge der nachhaltigen Transformation Verbraucherschutz und ein sozialer Ausgleich immer mitgedacht werden. Eine nachhaltige Transformation, von der alle profitieren, muss ihren Beitrag dazu leisten, dass auch künftig die gesellschaftliche Teilhabe aller Verbrauchergruppen sichergestellt wird. Im Folgenden finden sich Impulse des vzbv zu ausgewählten Teilaspekten des Themenbereichs „Der klimagerechte Wirtschaftsstandort Deutschland“. Der vzbv freut sich auf den weiteren Austausch zu diesen und weiteren Punkten angesichts der verschiedenen anstehenden Transformationsprozesse.



Gerechte Transformation

Fokus auf politische Rahmenbedingungen

Auch wenn von Seiten der Wirtschaft und einiger politischer Akteur:innen der Fokus bei der Sicherstellung einer nachhaltigen Entwicklungen auf das Verhalten der einzelnen Verbraucher:innen gerichtet wird, sind Verbraucher:innen doch das letzte Glied in der Kette. Verbraucher:innen tragen unbestreitbar eine Mitverantwortung, sie können aber die zahlreichen Missstände in der Produktionskette zuvor nicht korrigieren. Somit lässt sich durch die individuellen Konsumententscheidungen der Verbraucher:innen kein nennenswerter Beitrag auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung erzielen. Daher bedarf es einer grundlegenden sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Denn nachhaltiger Konsum benötigt nachhaltige Produkte und Dienstleistungen. Zwei zentrale Instrumente auf dem Weg zu nachhaltigen Produktionsbedingungen sind gesetzliche Regulierungsmaßnahmen, etwa in Form von Mindestanforderungen und -vorgaben für Produkte, sowie die Internalisierung externer Kosten. Auch Verbraucherinformationen stoßen schnell an die Grenzen ihres Einflusses auf die nachhaltige Entwicklung – selbst dann, wenn sie verlässlich, verständlich und leicht verfügbar sind.

Sozialen Ausgleich immer mitdenken

Wird die Internalisierung externer Kosten ohne flankierende Maßnahmen betrachtet, haben die Internalisierung externer Kosten und daraus potentiell resultierende Preissteigerungen besonders für einkommensschwache Verbrauchergruppen negative Auswirkungen und gefährden oder schränken deren Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe erheblich ein. Die Einkommens- und Vermögenssituation von Verbraucher:innen im Blick zu behalten und sich für sozialen Ausgleich einzusetzen, ist unabdingbarer Teil einer gerechten nachhaltigen Transformation. So müssen beispielsweise die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung vollständig an die Verbraucher:innen zurückfließen, am besten in Form eines Klimageldes. Damit werden gezielt diejenigen Verbrauchergruppen entlastet, die die Unterstützung am nötigsten haben und aufgrund ihres Konsumverhaltens vergleichsweise wenig CO₂-Ausstoß verantworten.

Beteiligung

Politische Rahmenbedingungen als Schutz vor Überforderungen der individuellen Verbraucher:innen

Die Notwendigkeit gesetzlicher Regulierungen geht aus der Erkenntnis hervor, dass es Veränderungen auf der systemisch-strukturellen Ebene der Rahmengesetzgebung bedarf und Verbraucher:innen mit ihren Konsumententscheidungen keinen hinreichenden Impuls zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele setzen können. Maßnahmen, die lediglich die Verbraucher:innen adressieren, haben einerseits eine geringe Hebelwirkung – sie können die strukturellen, grundlegenden Probleme nicht lösen – zum anderen überfordern sie viele Menschen schnell. An der Aufgabe, die bestehenden Zielkonflikte individuell zu lösen, kann der oder die Einzelne letztlich



nur scheitern. Die Komplexität des Verbraucheralltags hat in der Vergangenheit deutlich zugenommen, die nachhaltige Transformation trägt dazu wesentlich bei. Einerseits wird die Erwartung an die Verbraucher:innen getragen „richtig“ und nachhaltig zu konsumieren, gleichzeitig sind sie mit einer unüberschaubaren Anzahl an Siegeln und Werbebotschaften konfrontiert, die nicht überprüfbar sind. Um die Menschen vor einer Überforderung zu schützen, sind viele Verbraucher:innen darauf angewiesen, dass die Politik die Rahmenbedingungen schafft, die es ihnen ermöglicht unkompliziert und intuitiv nachhaltig zu konsumieren. So muss die nachhaltige Wahl auch die einfache Wahl sein. Auch die Verbraucher:innen, die sich an der Transformation aktiv beteiligen können, brauchen die notwendigen Rahmenbedingungen.

Stärkung der Prosument:innen

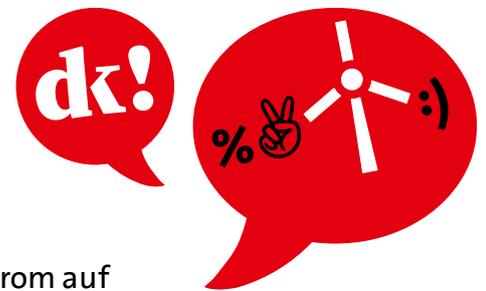
Um die Energiewende beispielsweise voranzubringen, muss denjenigen Verbraucher:innen, die sich beteiligen können, mehr Teilhabe ermöglicht werden. Bis heute wird ein Großteil der Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien von einzelnen Prosument:innen (gleichzeitig Konsument:innen und Produzent:innen) oder kooperativ von Genossenschaften, Stadtwerken oder Eigentümergemeinschaften betrieben. Hinter einem Großteil der Windräder stehen Tausende von Eigentümer:innen.

Die Teilhabemöglichkeiten für Prosument:innen wurden jedoch immer mehr eingeschränkt. Die Änderung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) von einem sicheren Vergütungssystem zu Ausschreibungen hat sich nachteilig ausgewirkt. Statt weitere Hindernisse sind Regelungen nötig, mit denen wieder mehr Prosument:innen aktiv an der Energiewende beteiligt werden. Dafür braucht es bessere finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten für Bewohner:innen in der Nähe von Windkraftanlagen, auskömmliche finanzielle Rahmenbedingungen für den Weiterbetrieb von Solaranlagen, die Erleichterung des Eigenverbrauchs, Rechtssicherheit beim Betrieb von Balkon-Solaranlagen und eine Verbesserung rechtlicher Rahmenbedingungen für Erzeuger-Verbrauchergemeinschaften.

Ausbau erneuerbarer Energien

Die Energiewende wird nur gelingen, wenn die Interessen der Verbraucher:innen besser berücksichtigt werden. Umfragen im Auftrag des vzbv zeigen, dass die Mehrheit der Verbraucher:innen die Maßnahmen der Energiewende unterstützt. Sie wünschen sich aber finanzielle Entlastung und brauchen Anreize, um klimafreundliche Maßnahmen in ihren Alltag zu integrieren.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien stellt neben der Energieeffizienz und der Digitalisierung einen Eckpfeiler der Energiewende dar. Für das Gelingen der Energiewende ist eine faire Kostenverteilung zwischen Verbraucher:innen und Industrie entscheidend. Finanzielle Anreize und Abbau der bürokratischen Hürden



können Mieterstrom in die Fläche bringen und für mehr Solarstrom auf Mehrfamilienhäusern sorgen. Attraktive Mieterstromangebote für die Bewohner:innen von Mehrfamilienhäusern in Städten und die Förderung der energetischen Sanierung von Wohngebäuden leisten sowohl einen Beitrag zur Energiewende als auch zur finanziellen Unterstützung von Verbraucher:innen.

Industrielle Transformation

Der möglichst schnelle Hochlauf der Wasserstoffproduktion ist ein wichtiger Baustein für das Gelingen der Energiewende. Er darf jedoch nicht dazu führen, dass Strom aus erneuerbaren Quellen nicht mehr ausreichend für den direkten Verbrauch, insbesondere für die dringend notwendige Sektorkopplung im Wärme- und Verkehrssektor zu Verfügung steht. Die Umwandlung von Strom in Wasserstoff geht einher mit einer deutlich geringeren Energieeffizienz, weshalb dies nur in den Sektoren geschehen sollte, die sich nicht elektrifizieren lassen.

Aus Sicht des Verbraucherschutzes muss beim Umbau der Gasinfrastruktur eine faire Kostenverteilung sichergestellt werden. Derzeit ist noch nicht absehbar, ob Wasserstoff für die Versorgung privater Verbraucher:innen jemals eine relevante Rolle spielen wird. Aus diesem Grund müssen die nun zu bauenden Elektrolyseure und Wasserstoffnetze von denen bezahlt werden, die den Wasserstoff in absehbarer Zeit nutzen. Private Haushalte dürfen nicht für die Kosten anderer herangezogen werden. Dies gilt für die Wasserstoffproduktion im Speziellen und für die klimagerechte Transformation im Allgemeinen.

Nachhaltige Städte, nachhaltiger Alltag

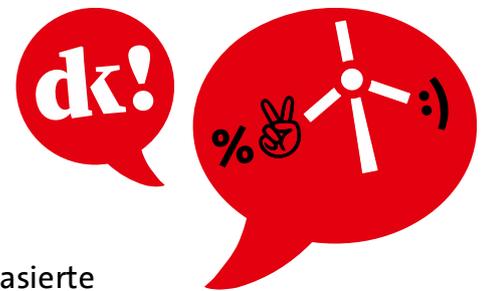
Stärkung des ÖPNV

Ein starker öffentlicher Verkehr ist notwendig, um die vielfältigen Klima- und Umweltziele zu erreichen und unabdingbar zur Teilhabe aller Menschen am öffentlichen Leben. Dafür bedarf es einheitlicher und bundesweit gültiger Mindesterreichbarkeitsstandards im öffentlichen Verkehr sowie einer institutionellen Fahrgastvertretung. Dies sichert ein Mindestniveau öffentlicher Mobilität, so dass die Erreichbarkeit zentraler Bedarfseinrichtungen für jeden, unabhängig vom Wohnort, mit öffentlichen Verkehrsmitteln, zu denen auch app-basierte On-Demand-Fahrzeuge gehören, möglich wird.

Wesentliche Tarif- und Beförderungsbedingungen im öffentlichen Verkehr müssen vereinheitlicht werden, um diesen einfacher nutzbar und somit attraktiver zu machen. Als Beispiel dafür kann das 9-Euro-Ticket dienen, das in Form eines 29-Euro-Tickets weiterentwickelt und verstetigt werden sollte.

Neue Mobilitätsangebote

In einigen Großstädten bieten neue Mobilitätsangebote bereits eine gute Ergänzung zu Bus und Bahn. Diese On-Demand-Dienste wie Ride-Pooling müssen aber mit dem klassischen ÖPNV eng verzahnt werden, um einen Beitrag zur Verkehrswende leisten



zu können. In dünner besiedelten Gebieten können nachfragebasierte Mobilitätsdienste dagegen eine Erreichbarkeit sicherstellen, wie sie allein mit klassischen ÖPNV-Angeboten nur schwer möglich ist.

Nachhaltige Ernährung

Das Ernährungssystem – von der Landwirtschaft über die Lebensmittelherstellung, den Handel bis hin zu dem, was in welcher Menge täglich auf den Tellern der Verbraucher:innen landet – hat an der Entstehung chronischer Erkrankungen ebenso wie am Klimawandel einen erheblichen Anteil. Und verursacht immense Kosten. Die überwiegende Mehrheit der Verbraucher:innen möchte gesund und nachhaltig leben. Viele würden sich gern gesünder ernähren, scheitern aber im Alltag daran, weil sie häufig nicht erkennen können, welche Lebensmittel aus einertiergerechten, umweltfreundlichen, sozial verträglichen Produktion kommen.¹ Aus Verbraucherschutzsicht muss bei der Transformation der Land- und Lebensmittelwirtschaft der Schutz der menschlichen Gesundheit und das Recht auf Transparenz ganz oben stehen, Green-washing muss unterbunden werden und allen Verbraucher:innen muss ein nachhaltiges und gesundes Leben erleichtert und ermöglicht werden. Eine große Mehrheit der Verbraucher:innen wünscht sich hohe gesetzliche Anforderungen an die Lebensmittelproduktion und Landwirtschaft sowie hohe Nachhaltigkeitsstandards und erwartet von der Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür zu gestalten. Nur 18 Prozent glauben, dass die Wirtschaft die Probleme allein lösen wird, unter den Unter-30-Jährigen sind dies sogar nur 5 Prozent.² Zudem müssen alle Verbraucher:innen die Chance haben, eine gesunde und nachhaltige Ernährung bezahlen zu können. Preissteigerungen aufgrund steigender Anforderungen an Nachhaltigkeit sollten deshalb insbesondere für einkommensschwache Verbraucher:innen finanziell und sozialpolitisch abgedeckt werden.

Nachhaltige Produkte

Viele Produkte, insbesondere elektrische Geräte, halten nicht mehr so lange wie früher. Ein Ärgernis für Verbraucher:innen. Gleichzeitig ist es eine Entwicklung, die anerkannten gesellschaftspolitischen Zielen zuwiderläuft: der Begrenzung des Klimawandels und dem Schutz begrenzter Ressourcen.

Ein notwendiger Schritt wäre, die Gewährleistungsfristen und die Beweislastumkehr zu verlängern. Das würde das Risiko von Verbraucher:innen verringern, ihr Geld in minderwertige Produkte zu investieren. Verbraucher:innen benötigen zudem

¹ Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv): Verbrauchermeinungen zu Nachhaltigkeit in der Lebensmittelproduktion, 2021, S. 7,

[http://www.vzbv.de/sites/default/files/downloads/2021/01/18/21-01-](http://www.vzbv.de/sites/default/files/downloads/2021/01/18/21-01-15_veroeffentlichung_verbrauchermei-)

[15_veroeffentlichung_verbrauchermei-](http://www.vzbv.de/sites/default/files/downloads/2021/01/18/21-01-15_veroeffentlichung_verbrauchermei-)

[nungen_zu_nachhaltigkeit_in_der_lebensmittelproduktion_final.pdf](http://www.vzbv.de/sites/default/files/downloads/2021/01/18/21-01-15_veroeffentlichung_verbrauchermei-), 05.08.2021

² Ebd.



Informationen, die es ihnen erleichtern, die Lebensdauer von Produkten einschätzen zu können. Ein wichtiges Instrument ist auch die EU-Ökodesign-Richtlinie, die bereits 2005 Standards für den Energieverbrauch von elektrischen und elektronischen Geräten einführte. Den vorliegenden Entwurf der EU-Kommission für eine neue erweiterte EU-Ökodesignverordnung für nachhaltige Produkte begrüßt der vzbv. Der Geltungsbereich des EU-Ökodesigns muss erweitert und Regulierungen zügig auf den Weg gebracht werden. Außerdem bedarf es eines Rechts auf Reparatur. Dieses muss sicherstellen, dass Hersteller ihre Produkte so designen, dass sie reparaturfähig sind, dass Ersatzteile und Reparaturanleitungen zur Verfügung stehen und sich Reparaturkosten für Verbraucher:innen in einem ökonomisch sinnvollen Rahmen bewegen. Dazu gehört die Einrichtung eines Reparatur-Indexes, der auch Ersatzteilpreise berücksichtigt, die Senkung der Mehrwertsteuer auf Reparaturdienstleistungen sowie vorübergehend auch die finanzielle Förderung der Reparatur durch einen Reparaturbonus. Mit Blick auf den gebotenen Ressourcenschutz sollte zudem hinterfragt werden, inwiefern eine Digitalisierung beim Design von Produkten immer sinnvoll ist. Wenn nicht jedes Produkt digitalisiert und internetfähig ist, kann dies helfen, die begrenzten Ressourcen einzusparen.

Nachhaltige Wertschöpfungsketten

Die Mehrheit der Verbraucher:innen möchte nachhaltiger konsumieren. Für die meisten ist das jedoch sehr schwierig – nicht nur, weil sie sich in einem unübersichtlichen Siegeldschungel kaum zurechtfinden, sondern auch, weil nachhaltige Produkte nach wie vor die Ausnahme sind. Nachhaltigkeitseigenschaften von Produkten und Dienstleistungen sind dabei Vertrauensgüter, also Eigenschaften, die den Produkten nicht unmittelbar sichtbar und spürbar anhaften. Verbraucher:innen müssen deshalb darauf vertrauen können, dass Produkte nachhaltig und sozial-ökologisch gerecht hergestellt wurden.

Nachhaltiger Konsum beginnt am Anfang der Lieferkette bei sozial- und ökologisch nachhaltigen Produktionsbedingungen. Voraussetzung ist, dass alle Unternehmen Verantwortung für ihre gesamten Lieferketten übernehmen. Wenn Unternehmen unsozial und unökologisch produzieren, können Verbraucher:innen mit ihrem Einkauf nicht Missstände der Produktion richten. Ein Lieferkettengesetz kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Kinderarbeit, Lohndumping und Umweltzerstörungen in Produktionsprozessen zu verhindern. Nur so ist es Verbraucher:innen möglich, nachhaltig zu konsumieren.

Denn: Verbraucher:innen haben keinen Einfluss auf Produktionsbedingungen in globalen Lieferketten, sie liegen in der Verantwortung der Unternehmen. Leider übernehmen nur wenige Konzerne freiwillig diese Verantwortung. Durch ein Lieferkettengesetz wären sie verpflichtet, menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken in ihren Lieferketten zu analysieren und Maßnahmen zu ergreifen, um sie abzustellen und zu verhindern. Ein europäisches Lieferkettengesetz sollte die



rechtsverbindliche Verankerung von Sorgfaltspflichten aller Unternehmen in der gesamten Lieferkette und nicht nur für direkte Zulieferer, eine zivilrechtliche Haftung bei Verstößen gegen das Gesetz und den Einbezug von umweltbezogener Sorgfalt beinhalten. In welchem Umfang nachhaltige Lieferketten Einfluss auf die Endpreise für die Verbraucher:innen haben werden, kann nicht sicher vorhergesagt werden und wird zwischen verschiedenen Sektoren stark variieren.³

³ Eine aktuelle Studie des Weltwirtschaftsforums und der Boston Consulting Group kommt zu dem Ergebnis, dass die Preise für Endverbraucher nur um ein bis vier Prozent steigen würden, wenn Unternehmen ihre Lieferketten vollständig CO₂-frei gestalten. Untersucht wurden insgesamt acht Sektoren, die für 50 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, darunter Nahrungsmittel, Kleidung, schnelllebige Konsumgüter und Elektronik. Vgl. World Economic Forum und Boston Consulting Group, Net-Zero Challenge: The supply chain opportunity, Insight Report, January 2021, http://www3.weforum.org/docs/WEF_Net_Zero_Challenge_The_Supply_Chain_Opportunity_2021.pdf, 21.01.2021.